

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Hildesheim

Stadt Hildesheim

Der Oberbürgermeister
Fachbereich Büro des Oberbürgermeisters (FB 10)
Markt 1, Zi. 103
31134 Hildesheim

Orhan Kara
Fraktionsvorsitzender

Rosenhagen 20 31134
Hildesheim

stadt@linksfraktion-hi.de
www.stadt.linksfraktion-hi.de

11.05.2018

Antrag an den Rat der Stadt Hildesheim der Fraktionen DIE LINKE. (Federführend), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, DIE UNABHÄNGIGEN:

Kein Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden auf Flächen der Stadt Hildesheim

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Ingo Meyer,

wir bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, damit der Stadtrat eine Untersagung des zukünftigen Einsatzes von glyphosathaltigen Herbiziden beraten und beschließen kann.

Beschlussvorschlag:

1) Es werden auch zukünftig auf stadteigenen Grundstücken (Grünanlagen, Straßenränder, etc.) keine glyphosathaltigen Herbizide eingesetzt. Insbesondere bei der Grünanlagenpflege wird auf den Einsatz von Glyphosat auch weiterhin verzichtet.

2) Sowohl bei Neuvermietungen und -verpachtungen, als auch bei der Verlängerung auslaufender Miet- bzw. Pachtverträge wird der Glyphosatverzicht vertraglich abgesichert.

Beratungsfolge:

13.06.2018	Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr
18.06.2018	Sitzung des Verwaltungsausschusses der Stadt Hildesheim
18.06.2018	Sitzung des Rates der Stadt Hildesheim

Begründung:

Wir begrüßen es, dass die Stadtverwaltung bei dem Umgang mit der Hildesheimer Natur, auf diesen Wirkstoff verzichtet. Wünschenswert und richtig für die Zukunft wäre allerdings, dies auch fest zu verankern, um einem möglichen Einsatz in der Zukunft von vornherein zu unterbinden. Dies sollte fester Bestandteil sein im Umgang mit der Umwelt. Der Pflanzenwirkstoff Glyphosat, u.a.

Hauptbestandteil des weltweit meist verkauften Breitbandherbizids mit dem Handelsnamen „Round up“ wird von Landwirten, Kleingärtnern, aber auch in der öffentlichen Grünpflege genutzt. Allein in Deutschland

wurden im Jahr 2012 6.000 Tonnen in der Landwirtschaft und Kleingärten eingesetzt.

Vor kurzem wertete die Weltgesundheitsorganisation WHO internationale Glyphosatstudien aus und stuft das Herbizid, das bereits in mehreren Ländern verboten wurde, nunmehr für den Menschen als „wahrscheinlich krebserregend“ ein.

In diesem Zusammenhang ist auch eine aktuelle Studie von Frau Prof. Monika Krüger von der Universität Leipzig interessant, die einen Zusammenhang zwischen dem Herbizid und dem weit verbreiteten Rinder- und Kälbersterben in der Landwirtschaft sieht.

Ihre Studie belegt, dass bei ca. 70 % der Bevölkerung Glyphosat im Urin nachgewiesen werden kann.

Neben diesen Risiken trägt das Herbizid verstärkt zum Artensterben bei, da durch das Abtöten der Beikräuter vielen Insekten und damit auch diversen Vogelarten die Nahrungsgrundlage entzogen wird.

Mit freundlichem Gruß



Orhan Kara
Fraktionsvorsitzender

Mit freundlichem Gruß



Azad Botan Deniz
Fraktionsgeschäftsführer